

An die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

Antrag der SPD-Fraktion für den Beirat Gröpelingen

Funktionierende soziale Beratung in den Gröpelinger Bewohnertreffs

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf in allen Bewohnertreffs im Stadtteil Gröpelingen eine funktionierende Sozialberatung einzurichten und deren Arbeit in den kommenden Jahren im Haushalt institutionell abzusichern.

Begründung:

Seit einiger Zeit häuft sich auch das Thema "Wohnen", sowohl die Suche nach einer Wohnung, als auch Probleme mit dem Vermieter.

Das Thema ist nicht neu und betrifft nicht nur Gröpelingen, aber Gröpelingen ist besonders stark betroffen.

Funktionierende soziale Beratung ist für Grundlage für praktizierte Demokratie und Partizipation. Also ein Muss für Staat und Verwaltung. Nicht etwa moralisch, sondern per Gesetz; nachzulesen z.B. SGB I + SGB X + Verwaltungsverfahrensgesetz (§64) + gemeinsame Geschäftsordnung für die bremische Verwaltung (Brem.GGO, -> Thema Beratung: siehe Punkte 7., 10. und 14.1)

https://www.transparenz.bremen.de/metainformationen/gemeinsame-geschaeftsordnung-fuer-die-bremische-verwaltung-brem-ggo-64669?asl=bremen203_tpgesetz.c.55340.de&template=20_gp_ifg_meta_detail_d

Momentan und seit langem gibt es in diversen Ämtern Rückstände in der Antragsbearbeitung, so dass o.g. Pflichten gar nicht durchführbar sind.

Insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen im Leistungsbezug stehen damit vor unüberwindbaren Hürden, die sie ohne Unterstützung nicht bewältigen können.

Es reicht nicht aus das Personal in den Amtsstuben aufzustocken, es muss Angebote vor Ort geben. Gröpelings Bewohnertreffs sind prädestiniert, um solche Angebote anzudocken. An die WIN Foren, die üblicherweise für die Bewohnertreffs verantwortlich zeichnen, werden regelmäßig Anträge herangetragen soziale Beratung im Stadtteil zu finanzieren, das wäre aber ein Fass ohne Boden unter dem alle anderen Projekte leiden würden. Dies muss von der Stadt Bremen übernommen werden.

Allein das BIS hat seit 2017 ca. 11.000 Menschen bei 15.000 Anliegen unterstützt. Die Themen betrafen alle Ressorts.

Anlage: Umfrage 2022 (Helfersystem am Limit?) ...